

Amtsgericht Hoya an die Wand gefahren?

Landespolitiker kritisiert Schließungspläne

Hoya (DH). Mit harscher Kritik reagiert der SPD-Landespolitiker Grant Hendrik Tonne (Leese) auf die geplante Schließung des Amtsgerichts Hoya: „Der Beschluss wurde vor langer Zeit getroffen. Das Gebäude wurde systematisch an die Wand gefahren. Gründe für die Schließung wurden konstruiert. Die Betroffenen und die Öffentlichkeit wurden vorgeführt.“

Das begründet der Sozialdemokrat so: Auf rechtzeitige Anfragen habe jedesmal die Landesregierung geantwortet, man prüfe die Grundlagen und könne zur Zukunft der Zweigstelle Hoya des Amtsgerichtes Nienburg nichts sagen. Am 7. Juli erreichte eine Stellungnahme des Justizministeriums den Rechtsausschuss. „Angebliche Kostenersparnisse im Gebäudereich und größere Bürgerfreundlichkeit wegen kürzerer Wege wurden angeführt.“ Die kommunalen Partner seien

übers Vorgehen empört gewesen.

Die Landesregierung versuche, „die fragwürdige Vorgehensweise nun warm zu verkaufen. Die Fakten sehen jedoch so aus“, meint Tonne: Das Ministerium führe einen Unterhaltungsstau am Gerichtsgebäude von 250 000 Euro an. Den Stau gebe es seit vielen Jahren. Doch Jahr für Jahr habe das Land das Geld gespart. Überdies seien die jetzt aufgeführten Maßnahmen nicht alle sofort nötig.

Zudem hält Tonne die angeführten Bauunterhaltungsmaßnahmen von jährlich 25 000 Euro für zu hoch, denn sie seien in den letzten Jahren in der Höhe nie angefallen. Ebenso wenig Kosten für IT-Betreuung, die es nie gegeben habe. Der Politiker hält den Verkauf des Gebäudes für illusorisch und den Hinweis auf mehr Bürgernähe mit dem Umzug nach Nienburg für zynisch.